



N i e d e r s c h r i f t

**der 31. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 24.05.2017**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:01 Uhr bis 17:27 Uhr

Anwesend waren:

Mitglieder:

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle(Saale)
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Vertreterin für Elisabeth Nagel
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) Vertreter für Hendrik Lange
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Vertreter für Eric Eigendorf
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM

Verwaltung

Egbert Geier	Bürgermeister
Uwe Stäglin	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete für Kultur und Sport
Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Sabine Ernst	Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
Marco Schreyer	Leiter Fachbereich Recht
Dr. Steffen Fliegner	Projekt- und Prozessmanager Stadtumbau
Maik Stehle	Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 31. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat darum, folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen:

TOP 5.2 + Änderungsanträge

Friedhofsentwicklungsplanung Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2016/02115

→ **Vorschlag: absetzen**, gleiche Voten in den Fachausschüssen

TOP 5.3

Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2017/02764

→ **Vorschlag: absetzen**, gleiche Voten in den Fachausschüssen

TOP 6.1.1

Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Regelung der Beteiligung des Stadtrates und seiner Ausschüsse bei der Verkehrs-, Objekt- und Landschaftsplanung

Vorlage: VI/2017/02888

→ **zurückgezogen**

TOP 6.3

Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einführung eines Kombi-Tickets für die Besucher aller Sport- und Kulturveranstaltungseinrichtungen der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2017/02909

→ **Vorschlag: absetzen**, gleiche Voten in den Fachausschüssen

TOP 6.4 + Änderungsantrag TOP 6.4.1

Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Errichtung eines innenstadtnahen Parkhauses

Vorlage: VI/2017/02847

→ **Vorschlag: absetzen**, gleiche Voten in den Fachausschüssen

TOP 6.5

Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Erweiterung des städtischen Gremiums „Runder Tisch Radverkehr“

Vorlage: VI/2017/02848

→ **Vorschlag: absetzen**, gleiche Voten in den Fachausschüssen

TOP 6.6

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung

Vorlage: VI/2017/02783

→ **Vorschlag: absetzen**, gleiche Voten in den Fachausschüssen

TOP 6.7

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ersatzpflanzungen bei Fällungen städtischer Bäume

Vorlage: VI/2017/02962

→ **Vorschlag: vertagen, im Fachausschuss (OUA) vertagt**

Weiterhin informierte Herr **Oberbürgermeister Dr. Wiegand** über folgende Änderungen und Ergänzungen:

TOP 5.1

Grundsatzbeschluss zur Errichtung eines Verwaltungszentrums in einer Hochhausscheibe in Halle-Neustadt

Vorlage: VI/2017/02799

→ **Hier liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion und ein Änderungsantrag der CDU/FDP Fraktion vor**

TOP 6.8

Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erhöhung der Mittel für die Jugendarbeit

Vorlage: VI/2017/02862

→ **Hier liegt ein Änderungsantrag des Oberbürgermeister vor, Behandlung unter TOP 6.8.1**

Frau Dr. Brock stellte zum **TOP 5.1** einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung, da es derzeit keinen Sinn mache, darüber zu diskutieren.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand ließ den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung, so dass **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** Abstimmung der so geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung

3. Genehmigung der Niederschrift
 - 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 16.11.2016
 - 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 07.12.2016
 - 3.3 Genehmigung der Niederschrift vom 19.04.2017
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Grundsatzbeschluss zur Errichtung eines Verwaltungszentrums in einer Hochhausscheibe in Halle-Neustadt.
Vorlage: VI/2017/02799 **vertagt**
 - 5.2. Friedhofsentwicklungsplan Stadt Halle(Saale)
Vorlage: VI/2016/02115 **abgesetzt**
 - 5.3. Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes Halle(Saale)
Vorlage: VI/2017/02764 **abgesetzt**
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Regelung der Beteiligung des Stadtrates und seiner Ausschüsse bei der Verkehrs-, Objekt- und Landschaftsplanung
Vorlage: VI/2016/02589
 - 6.2. Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zur Darstellung von Beschlussvorlagen
Vorlage: VI/2017/02951
 - 6.3. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einführung eines Kombi-Tickets für die Besucher aller Sport- und Kulturveranstaltungseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2017/2909 **abgesetzt**
 - 6.4. Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Errichtung eines innenstadtnahen Parkhauses
Vorlage: VI/2017/02847 **abgesetzt**
 - 6.5. Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Erweiterung des städtischen Gremiums „Runder Tisch Radverkehr“
Vorlage: VI/2017/02848 **abgesetzt**
 - 6.6. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung
Vorlage: VI/2017/02783 **abgesetzt**
 - 6.7. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Ersatzpflanzungen bei Fällungen städtischer Bäume
Vorlage VI/2017/028962 **vertagt**

- 6.8. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erhöhung der Mittel für die Jugendarbeit
Vorlage: VI/2017/02862
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 16.11.2016

Die Niederschrift befindet sich noch im Umlauf und wird in der Junisitzung genehmigt.

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 07.12.2016

Gegen die Niederschrift zur Sondersitzung des Hauptausschusses und des Kulturausschusses gab es keine Einwände.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 3.3 Genehmigung der Niederschrift vom 19.04.2017

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 19.04.2017.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse aus der letzten Hauptausschusssitzung vor.

zu 5. Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Regelung der Beteiligung des Stadtrates und seiner Ausschüsse bei der Verkehrs-, Objekt- und Landschaftsplanung

Herr Stäglin sagte, dass die Verwaltung die Ablehnung des Antrages empfiehlt. Der Antrag führt zu weiteren Vorlagen welche zu einer Zeitverzögerung führen. Erstens kommt bei einzelnen Projekten eine bisher nicht vorgesehene Variante dazu (früher Gestaltungsbeschluss) und zweitens ist die Informationsvorlage über die Aufgabenstellung der Entwurfsplanung nur sinnvoll, wenn der Rat einbezogen wird. Dies führt wiederum zu Zeitverzögerungen, pro Vorlage von circa drei Monaten. Bei Freiflächen- und Tiefbauprojekten, wo durch die Vegetationsperiode nur bestimmte Zeitfenster im Jahr vorhanden sind, können diese dann nicht im jeweiligen Jahr genutzt werden und müssen eventuell verschoben werden.

Herr Schied war über den Variantenbeschluss überrascht und sagte, dass aus seiner Sicht Informationsvorlagen keine Mehrarbeit bedeuten. Er merkte an, dass frühzeitige Informationen über bevorstehende Baumaßnahmen einen verspäteten Bau verhindern können, was im Interesse der Verwaltung sein dürfte.

Frau Dr. Brock sagte, dass der Antrag nicht zur Mehrarbeit in der Verwaltung führen soll, sondern ausschließlich wesentliche Veränderungen frühzeitig dem Rat vorgestellt werden sollen, um rechtzeitig reagieren zu können.

Herr Stäglin teilte mit, dass die Verwaltung in den letzten Jahren eine Vielzahl von Möglichkeiten eingeführt hat, damit der Rat frühzeitig informiert wird. Die Beschlussfassungen über die Städtebauförderprojekte, Grundsatzbeschlüsse für größere Förderanträge und die Beschlussfassungen im Zusammenhang mit der Haushaltsplanung für neue Projekte sind Wege, um den Rat bei Bauprojekten frühzeitig zu beteiligen.

Beim Bauvorhaben „Juliot-Curie-Platz“ hat der Rat mit dem Stufenbeschluss gesagt, wie die Aufgabenstellung für die Einzelmaßnahme ist. Die Verwaltung hat diesen bearbeitet und einen Gestaltungsbeschluss vorgelegt. Jedoch fallen nicht alle Aspekte in die Beschlusshoheit des Rates, wie beispielsweise Einwände der Verkehrsbehörde.

Herr Krause sagte, dass sich seine Fraktion enthalten will. Die Darstellungen von Herr Stäglin haben deutlich gemacht, dass es am Ende zu zeitlichen Verzögerungen kommen kann.

Herr Scholtyssek und seine Fraktion teilen die Unzufriedenheit über die Informationen. Dem Antrag wollen sie nicht zustimmen. Bei 10% Kostenüberschreitung wurde bislang ein ergänzender Beschluss gefasst. Laut vorliegendem Antrag soll ein erneuter Baubeschluss

gefasst werden. Hier wünschte Herr Scholtyssek eine rechtliche Würdigung, ob durch den Rat ein Bau beendet werden kann.

Herr Stäglin antwortete, dass eine Kostenüberschreitung nur erfolgen kann, wenn Bauleistungen schon gebunden und Verträge eingegangen worden sind. Diese müssen realisiert werden. Nach seiner Meinung könne ein Bau nicht beendet werden. Bei der Frage zur Finanzierung von Mehrkosten unterbreitet die Verwaltung dem Stadtrat Vorschläge, der darüber entscheidet.

Herr Scholtyssek fragte, wo der Mehrwert im Antragstext ist, da der Ergänzungsbeschluss bereits vorliegt.

Herr Dr. Meerheim antwortete, dass ein Wort geändert werden kann.

Herr Scholtyssek entgegnete, dass die Änderung des Wortes nicht das Problem der Zeitverzögerung lindere. Seine Fraktion will, dass zügig gebaut wird; mit mehr Transparenz seitens der Verwaltung.

Herr Dr. Meerheim führte an, dass Transparenz nur durch mehr Informationen erreicht werden kann.

Herr Stäglin ergänzte, dass ein zusätzlicher Beschluss bei einer 10%igen Kostenüberschreitung gefasst wird. Dies beruht auf einer verwaltungsinternen Festlegung und ist bisher nicht in den Regularien des Stadtrates enthalten gewesen.

Herr Wolter merkte an, dass die Fraktionen keine Verzögerung der Baumaßnahmen wollen, sondern schneller und umfangreicher informiert werden möchten.

Herr Schied ergänzte, dass der Antrag bereits gekürzt wurde und die geänderte Version ein Kompromiss zwischen Fraktionen und Verwaltung ist.

Herr Krause sagte, dass bei den hohen Nachträgen zur Berliner Brücke der Beschluss im Vergabeausschuss gefällt wurde und es dann keine weiteren Informationen gab, dass die Kostenüberschreitung über 10 Prozent lag. Er wies darauf hin, dass die Fraktion die Aussagen der Verwaltung ernst nimmt und man erneut über den Antrag reden sollte, um ein Einvernehmen zu erreichen.

Frau Dr. Brock sprach sich gegen eine Verschiebung der Abstimmung aus.

Herr Scholtyssek bat um eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung zu eventuellen Zeitverzügen der Baumaßnahmen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Stellungnahme zu, die detailliert auflistet, an welchen Stellen im Verfahren informiert wird.

Frau Dr. Wünscher stellte einen Geschäftsordnungsantrag, auf Ende der Debatte und Abstimmung des Antrags.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Ende der Debatte und Abstimmung des Antrags.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand ließ über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mit Patt abgelehnt
5 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

zu 6.2 Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zur Darstellung von Beschlussvorlagen

Herr Dr. Meerheim sagte, dass die finanziellen Auswirkungen Bestand des Beschlusstextes sein sollen und weiterhin fehlen.

Herr Geier antwortete, dass es ergänzende Darstellungen geben soll. Die Darstellung wurde mit der von Leipzig verglichen und erweitert.

Herr Wolter sagte, dass der Antrag und die Diskussion gut ist, um Verbesserungen im Verwaltungsablauf zu erzielen.

Herr Wöllenweber sah, da sich der Antrag nicht nur auf die Beschlussvorlagen, sondern auch auf die Anträge bezieht, eine Mehrarbeit nicht nur für die Verwaltung, sondern auch für die Fraktionen. Die Fraktionen können viele Angaben nicht leisten.

Herr Dr. Meerheim sagte, dass nur Beschlussvorlagen der Verwaltung gemeint sind. Die Fraktionen könnten diese Informationen nicht vorlegen.

Herr Wolter gab den Hinweis, dass auf Seite 2 Beschlüsse und Anträge steht, dies aber nicht Gegenstand des Antrages ist. Er bat um Zustimmung des Antrages.

Frau Dr. Brock meinte, dass es nicht Aufgabe der Fraktion ist, dieses Blatt auszufüllen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Deckung bei jedem Antrag erkennbar sein muss.

Herr Scholtyssek begrüßte mehr Transparenz bei den Beschlussvorlagen. Er bat um getrennte Abstimmung der Punkte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand wies darauf hin, dass man sich verständigen wollte. Eine Beschlussfassung durch den Stadtrat sei nicht möglich.

Frau Dr. Brock sah sich nicht in der Lage den Antrag zurückzuziehen, dies muss zunächst mit den Fraktionsmitgliedern abgestimmt werden und stellte daher einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Da eine Vertagung abgelehnt wurde, verständigten sich die Ausschussmitglieder darauf, dass keine Beschlussempfehlung an den Stadtrat ausgesprochen wird.

Abstimmungsergebnis: keine Abstimmung

zu 6.8 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erhöhung der Mittel für die Jugendarbeit

zu 6.8.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Erhöhung der Mittel für die Jugendarbeit

Herr Wolter bat die Verwaltung, den Änderungsantrag einzubringen und zu erläutern.

Frau Brederlow sagte, dass mit dem Antrag die Intentionen des Jugendhilfeausschusses und des Antragstellers aufgegriffen werden. Die bestehende Jugendhilfeplanung beinhaltet bereits Teile des Antrages. Es soll ein Präventionskonzept erarbeitet werden, welches mit einfließen soll. Die Jugendhilfeplanung ist 2019 neu zu beschließen und es soll eine Strategie zur Jugendhilfeplanung und zum Präventionskonzept besprochen werden, um eine Grundlage zur Berechnung der Mittel zu haben. Sie sagte, dass eine Abstimmung im Hauptausschuss nicht notwendig ist und bat um Diskussion in den Fraktionen, damit im Stadtrat der Antrag und der dazugehörige Änderungsantrag des Oberbürgermeisters abgestimmt werden kann.

Diesem Vorschlag schlossen sich die Mitglieder des Hauptausschusses an.

Abstimmungsergebnis: keine Abstimmung

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Pilotprojekt mit Tablets an fünf halleschen Schulen

Frau Dr. Brock meinte, dass es eine nicht durchdachte Initiative gewesen sei. Die Umsetzung scheint in den Schulen nicht möglich. Sie fragte, was mit den Tablets jetzt passiert.

Herr Paulsen informiert, dass das Projekt von den teilnehmenden Schulen positiv bewertet wurde. Die technischen Voraussetzungen an den Schulen sind sehr unterschiedlich, es sollte aber auch eine Implementierung im Unterricht stattfinden. Ein Abschlussbericht erfolgt am Ende des Schuljahres.

Herr Scholtyssek fragte, wie viele Tablets ausgegeben wurden und wie viele funktionsfähig sind.

Herr Paulsen verwies auf den Abschlussbericht. 430 Tablets wurden ausgegeben. Es erfolgten bislang lediglich kleinere Reparaturen.

Herr Scholtyssek fragte, wer die Reparaturen zahlt.

Herr Paulsen antwortete, dass dies im Rahmen der Gewährleistung erfolgte.

Herr Wolter fragte nach den fachlichen Auswirkungen des Einsatzes. Ihm fehlten in dieser Projektgruppe die Vertreter des Landesschulamtes, die den Einsatz der Geräte im Unterricht definieren müssten: Was sollte das Ziel der Evaluierung sein? Er schlug vor, den Abschlussbericht auch im Bildungsausschuss vorzustellen.

Herr Paulsen begrüßte den Vorschlag, den Abschlussbericht auch im Bildungsausschuss zu diskutieren. Eine Diskussion mit dem Landesschulamt bedurfte es bis jetzt noch nicht, weil die Schulen selber unterschiedliche Wege gegangen sind beim Praxiseinsatz der Tablets. Die Schulen haben zunächst unabhängig voneinander ihre Erfahrungen gemacht und tauschen sich in einer Projektgruppe aus.

zu 8.2 Information zur Anregung von Herrn Bernstiel zu Bäumen am Schülershof

Herr Stäglin sagte, das Thema „temporäre Umstellung der Bäume am Schülershof“ wurde schon bei der Aufstellung diskutiert und verworfen, weil die Kübel nur mit schwerer Technik umgestellt werden können. Ein flexibles Umstellen auf dem Markt ist nicht möglich. Zudem ist je nach Standort eine Kollision mit der Oberleitung der Straßenbahn möglich. Die Verwaltung kann die Anregung daher nicht aufgreifen.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.3 Information zur Anregung von Herrn Schied zum Grünpfeil Schopenhauer Straße / Ecke Reilstraße

Frau Ernst berichtete, dass Herr Schied im März angeregt hatte zu prüfen, wie die Unfallsituation an der Kreuzung Schopenhauer Straße/Ecke Reilstraße mit Blick auf den Grünpfeil ist. Die Verwaltung hatte dargestellt, dass keine durch den Grünpfeil begünstigten Unfälle in den letzten drei Jahren verzeichnet wurden. Insofern sind die Voraussetzungen für die Entfernung des Grünpfeils nicht gegeben.

Herr Schied beschrieb die Kreuzung als problematischen Ort und meinte, es gebe eine Verwaltungsvorschriften in der StVO und Richtlinien der Forschungsgesellschaft für Verkehrswesen, welche jeweils 2 Punkte beinhalten, die gegen den grünen Pfeil an dieser Stelle sprechen. An der Kreuzung sieht man nach rechts nichts und deshalb müsste der Grünpfeil weg.

zu 8.4 Einwohnerumfrage 2017 - Fragebogen

Herr Krause sagte, dass der Fragenkomplex 36 sehr persönliche Suggestivfragen umfasst und der Fragenkomplex 39 noch problematischer sei. Die vorletzte Frage suggeriert, der deutsche Staat kümmere sich mehr um Flüchtlinge als um hilfsbedürftige Deutsche. Ähnlich sei der Fragenkomplex 46.

Herr Stäglin berichtete, dass in Zusammenarbeit mit der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg und deren Soziologen die Fragestellungen erarbeitet wurden, um ein Meinungsbild der Einwohner zu erhalten.

Frau Dr. Brock fragte nach dem Ziel der Umfrage.

Herr Stäglin antwortete, dass es sich um die 12. Einwohnerumfrage in Halle handelt. Es werden Meinungsbilder herausgearbeitet und mit den vergangenen Umfragen verglichen.

Herr Dr. Fliegner erklärte, dass es Fragen aus verschiedensten Themenfeldern gibt. Um ein Meinungsbild der Einwohner zu erhalten, müssen die Fragen sehr spezifisch gestellt werden.

Zur Frage 46 sagte er, dass das Zentrum für Sozialforschung Halle auch politologische Fragestellungen verfolgt. Diese Frage ist eine der zentralen Fragen der bundesweiten Studie der Uni Bielefeld im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand schlug vor, alle bedenklichen Fragen zu besprechen.

Herr Scholtyssek sagte, dass auch kritische Fragen gestellt werden müssen. Er schlug vor, die Umfrage nicht zu verändern.

Frau Dr. Brock hielt das Vorgehen nicht für zielführend. Prof. Holtmann ist einer der anerkanntesten Politikwissenschaftler in Deutschland.

Herr Senius sagte, dass Bedarf besteht, den Fragenkatalog zu erweitern. Standardfragen aus anderen Politikbefragungen, die regelmäßig durchgeführt werden, sind für Soziologen spannend, aber bringen der Stadt keinen Mehrwert.

Herr Wolter schlug vor, Herrn Holtmann einzuladen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informiert, dass nicht Herr Holtmann, sondern Herr Prof. Dr. Sackmann die Studie durchführt.

Herr Dr. Fliegner ergänzte, dass die Frage „Wen wähle ich am Sonntag?“ nicht das Wahlverhalten darstellen, sondern eine Kontrollgröße ermittelt werden soll.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Frau Dr. Wünscher zur Moritzburg

Frau Dr. Wünscher sagte, dass die Moritzburg, aus der Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben 25.000 € erhält und fragte, was mit den entsprechenden Jahresscheiben für 2016 und 2017 ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand antwortete, dass diese unverzüglich ausgezahlt werden.

zu 9.2 Frau Dr. Wünscher zu den Händel-Festspielen

Frau Dr. Wünscher fragte, warum es kaum Werbung für die Eröffnung der Händel-Festspiele gibt.

Frau Ernst sagte, dass sie diesen Eindruck nicht bestätigen kann.

zu 9.3 Herr Wolter zum DLZ Familie

Herr Wolter fragte, ob es eine Neuorganisation im DLZ Familie gibt.

Frau Brederlow antwortete, dass es im vorigen Jahr eine Umorganisation gab. Der Bereich Kindertageseinrichtungen ist wieder organisatorisch beim Fachbereich Bildung zugeordnet, allerdings ist das Büro immer noch im DLZ.

Herr Wolter fragte nach, ob die Kontaktdaten noch aktuell sind.

Frau Brederlow bestätigte dies.

zu 9.4 Herr Wolter zur Kinderbetreuung

Herr Wolter berichtete, dass in einer Kita die Kinderbetreuung nicht mehr gewährleistet wird und fragte, ob die Verwaltung über den Notstand Kenntnis hat, die Leiterin habe sich bereits an den Eigenbetrieb gewandt. Er fragte, wie eine Realisierung von Gegenmaßnahmen seitens der Verwaltung erfolgt?

Frau Brederlow verwies auf den städtischen Kita-Bedarfsentwicklungsplan, der das vorhandene Angebot in Größe definiert. Sie schätzte ein, dass das Problem die Fachkräftesituation ist. Sowie Fachkräfte ausfallen, kommt es zu Notfallplänen. Es werden dazu meist die Öffnungszeiten reduziert oder Eltern angesprochen, ihre Kinder eher abzuholen. Zurzeit hat die Belegung der Kitas ihren Höchststand erreicht, welcher sich zwischen Juli und August wieder reduziert. Gefragt ist zuerst der Träger, der kann bei mehreren Einrichtungen umorganisieren.

Herr Wolter erklärte, dass die Situation seinen Informationen aus der betroffenen Kita zufolge drastischer beschrieben wurde. Es handelt sich um eine städtische Einrichtung, in der von 12 Erziehern nur vier Erzieher im Dienst waren, für 75 Kinder. Heute waren nur drei Erzieher im Dienst. Der Notfallplan sieht drei Stunden kürzere Öffnungszeiten vor.

Frau Ernst bat um Nennung der Einrichtung.

Herr Wolter fragte nach, ob es bekannt ist, dass dies auch bei anderen Einrichtungen so ist.

Frau Brederlow antwortete, dass die Situation in mehreren Einrichtungen schwierig ist, da Personal kurzfristig ausfällt. Sie wies darauf hin, dass bereits Personal gesucht wird.

zu 9.5 Frau Haupt zur Einwohnerfragestunde

Frau Haupt fragte, ab wann die Einwohnerfragestunde vor allen Ausschusssitzungen erfolgen wird.

Herr Schreyer antwortete, dass die Änderung der Hauptsatzung noch einer Genehmigung des Landesverwaltungsamts bedarf, welche sofort nach der Beschlussfassung beantragt wurde.

zu 9.6 Herr Scholtyssek zur Sicherheit im Mühlweg

Herr Scholtyssek fragte, was die Stadt gegen die Lärmbelästigung im Mühlweg unternehmen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat um Angaben zu konkreten Fällen, damit diesen nachgegangen werden kann.

zu 10 **Anregungen**

zu 10.1 **Herr Senius zu Anfragen von Fraktionen**

Herr Senius lobte die Verwaltung. Die Fraktion hatte im Januar angefragt, warum der ASD seinen Dienstsitz in Heide Nord aufgegeben hat, dies hat die Verwaltung begründet. Mittlerweile hat die Verwaltung die Entscheidung korrigiert und das gesamte ASD-Team ist wieder in Heide Nord präsent. Er regte an, die Anfragen der Fraktionen stärker zum Anlass zu nehmen, getroffene Verwaltungsentscheidungen kritisch zu hinterfragen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Verwaltung für jede Anregung und Idee, die der Weiterentwicklung hilft, sehr dankbar ist.

zu 10.2 **Frau Ernst zur Ratshoftreppe**

Frau Ernst regte an, sich die anlässlich der Händelfestspiele gestaltete Ratshoftreppe anzusehen.

Die Anregungen wurden zur Kenntnis genommen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand beendete die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses und bedankte sich bei allen Gästen.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Maik Stehle
Protokollführer